

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaftsförderung und Beschäftigung am 22.02.2011**

öffentlich

Ort: GP Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Halle
8. Etage, Konferenzraum
Berliner Straße 239
06112 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:42 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	Herr Dieringer war ab 17:10 Uhr anwesend.
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Herr Sieber war ab 17:05 Uhr anwesend.
Herr René Trömel	DIE LINKE.	Vertretung für Frau Dr. Sitte. Herr Trömel nahm bis 17:35 Uhr an der Sitzung teil.
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Andreas Hajek	parteilos	Herr Hajek war ab 17:25 Uhr anwesend.
Herr Denis Häder für Halle	MitBÜRGER	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		
Herr Christian Glüse	SKE	Herr Glüse war ab 17:03 Uhr anwesend.
Herr Dr. Gerhard Kotte	SKE	
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE	
Herr Karsten Weidner	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	parteilos	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	vertreten durch Herrn Trömel.
Frau Beate Fleischer	SKE	
Frau Irmgard Lawnik	SKE	
Herr Stefan Person	SKE	
Herr Jörg Puschmann	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Häder (Ausschussvorsitzender / MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) eröffnet die Sitzung.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Nachdem **Herr Menn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mitteilt, dass der Antrag zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle-Trotha (TOP 6.1.) vertagt werden soll, wird folgende Tagesordnung für den öffentlichen Teil einstimmig festgelegt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Vorstellung der "GP Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Halle"
4. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.01.2011
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009
Vorlage: V/2010/09413
- 5.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zur Beschlussvorlage - Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 - Vorlage-Nr.: V/2010/09413
Vorlage: V/2011/09570
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle -Trotha
Vorlage: V/2010/09242
- 6.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung der Breitbandausbauziele der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09448
- 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wiedereinführung des kostenfreien WLAN-Zugangs auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2009/08340
7. schriftliche Anfragen von Stadträten

8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Vorstellung der "GP Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Halle"

Frau Papenburg (Geschäftsführerin der GP Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Halle) stellt Ihr Unternehmen im Rahmen einer kleinen Präsentation vor.

Im Anschluss daran können die Ausschussmitglieder noch Fragen an **Frau Papenburg** stellen.

Anfrage von Herr Bauersfeld (CDU):

Hat man im Unternehmen schon Erfahrung mit Auszubildenden, die nicht über einen Schulabschluss verfügen?

Antwort Frau Papenburg:

Bisher gab es schon Schulabgänger, die ganz schlechte Schulleistungen zu Beginn ihrer Ausbildung aufgewiesen haben. Einige davon haben sich aber trotzdem durch die Ausbildung „durchgebissen“, andere wiederum nicht. Man darf dabei auch nicht vergessen, dass ca. 35 % aus Hartz IV-Familien stammen.

Gerade vor dieser Tatsache muss man in der Gesellschaft zu Ideen und Lösungen kommen, um auch solchen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen. Man kann als Unternehmen nicht sagen „Ich will mit denen nichts zu tun haben“, denn die Entwicklung geht eher in Richtung schlecht qualifizierter Schulabgänger, daher kann man davor nicht die Augen verschließen.

Anfrage von Frau Ewert (SPD):

Behalten Sie die ausgebildeten Auszubildenden?

Antwort von Frau Papenburg:

Ja, denn die Firma Papenburg bildet nicht über Bedarf aus. Jedoch bleiben die ausgebildeten Auszubildenden nicht immer in Halle. So kann es schon mal vorkommen, dass ein „frisch“ ausgebildeter Auszubildender nach kurzer Zeit die Betriebsleitung an einem anderen Standort übernehmen kann, wenn er bereit ist, nicht nur am Standort Halle zu bleiben.

Anfrage von Herrn Häder:

Wie ist denn die aktuelle Fachkräftesituation zu bewerten? Wird es momentan schon schwierig, geeignete Fachkräfte auszubilden?

Antwort von Frau Papenburg:

Im technischen Bereich ist es bereits jetzt schon schwieriger geeignete Fachkräfte zu finden bzw. auch auszubilden. Im kaufmännischen Bereich hingegen, fällt dies momentan noch nicht schwer.

Anfrage von Herrn Kotte (sachkundiger Einwohner):

Verfügt das Unternehmen über einen Betriebsrat? Dieser wurde in der dargestellten Struktur nicht ersichtlich.

Antwort von **Frau Papenburg**:

Es gibt keinen Konzernbetriebsrat, sondern nur einzelne Betriebsräte, die jedoch nicht in den kleinen Bereichen des Konzerns zu finden sind.

nochmalige Anfrage von **Herrn Kotte**:

Gibt es eine Qualitätssicherung und gibt es im Unternehmen unterschiedliche Tarife?

Antwort von **Frau Papenburg**:

Es gibt kein Konzernqualitätsmanagement, jedoch erfolgt natürlich die Überwachung der Qualitätssicherung. Die Mitarbeiter im Unternehmen werden durchaus nach unterschiedlichen Tarifen bezahlt.

zu 4 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.01.2011

Im Rahmen der Genehmigung der Niederschrift gibt es eine Wortmeldung von **Herrn Sieber** (DIE LINKE.):

In der letzten Sitzung stellte er eine Anfrage zum Thema Hochwasser im Hafen, welche auch beantwortet wurde. Jedoch ist die Beantwortung der Anfrage völlig widersprüchlich zu einem Artikel aus dem Stadtwerkemagazin „Im Gespräch“. Kann dazu Stellung genommen werden?

Hinweis von **Herrn Häder**:

Die Anfrage von **Herrn Sieber** hat nicht direkt etwas mit der Niederschrift zu tun und wird daher unter dem Punkt 9. „Beantwortung von mündlichen Anfragen“ behandelt.

Nach diesen Wortmeldungen wird die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.01.2011 einstimmig genehmigt.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 Vorlage: V/2010/09413

Herr Häder teilt mit, dass der Änderungsantrag zur Haushaltssatzung von **Herrn Dieringer** (CDU) bei der Behandlung natürlich mit berücksichtigt wird, danach erhält zunächst **Herr Neumann** (Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit) das Wort:

Zunächst sei noch einmal darauf hingewiesen, dass der Beteiligungsbericht natürlich mit zur Beratung über die Haushaltssatzung und die Haushaltsplanung dazu gehört.

In diesem Zusammenhang wird bekanntgegeben, welche Bereiche konkret, im Rahmen dieses Berichtes, zum Dezernat V gehören:

- Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH (HWS)
- Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA)
- Jobcenter Halle (Saale)
- Zoologischer Garten Halle GmbH
- Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
- Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

Bezüglich des Haushaltsplanentwurfes 2011 wird angemerkt, dass der Anteil des vorliegenden Teilhaushaltes sehr gering, im Blick auf den städtischen Gesamthaushalt, ausfällt. So sind im vorliegenden Volumina folgende Bereiche betroffen:

- Amt für Wirtschaftsförderung
- Liegenschaftsamt
- Jobcenter Halle (Saale)
- Zoologischer Garten Halle GmbH
- Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
- Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

Beim Jobcenter Halle besteht ein Volumen von 72,5 Mio. Euro, davon entfällt der Großteil auf die KdU-Leistungen. Im Ansatz wurden hier pro Jahr 500.000 Euro weniger festgesetzt. Beim Zoologischen Garten und beim Stadtmarketing erfolgte jeweils eine Reduzierung um 50.000 Euro bzw. um 100.000 Euro.

Beim Eigenbetrieb für Arbeitsförderung hat sich der Ansatz hingegen erhöht, da hier die Bürgerarbeit (allerdings lediglich für Maßnahmen die über den Eigenbetrieb laufen) co-finanziert wird.

Das Amt für Wirtschaftsförderung hat bisher immer Tribut beim Haushalt gezahlt. So wurden sowohl die Sach- als auch die Personalkosten jährlich reduziert.

Insgesamt kann für das Dezernat V festgehalten werden, dass eine Kürzungsvorgabe von 400.000 Euro besteht. Um diese umsetzen zu können, sollen 200.000 Euro beim Eigenbetrieb für Arbeitsförderung gekürzt werden, weitere 200.000 Euro sollen durch Einnahmeerhöhungen bei dem Verkauf von Liegenschaften erzielt werden, was durchaus erreicht werden kann, jedoch natürlich ein gewisses Risiko birgt. Durch die genannten Vorschläge zur Umsetzung der Kürzungsvorgaben, kann das Amt für Wirtschaftsförderung vor erneuten Kürzungen geschützt werden. Eine weitere Stellschraube ist die Erbringung von ca. 1 Mio. Euro durch Grundstückserlöse für die Co-Finanzierung des Stadions.

Anfrage von **Herrn Sieber**:

Können die Vorstellungen zu Kürzungen im Bereich des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung näher erläutert werden?

Antwort von **Herrn Häder**:

Dies kann später dargelegt werden, wenn die Haushaltsstelle beraten wird. Zunächst sollten die Haushaltsstellen der beigefügten Zuständigkeitsübersicht nach durchgegangen werden.

Wortmeldung von **Herrn Bauersfeld**:

Er möchte gern **Herrn Dr. Franke** (Leiter Wirtschaftsförderung) dazu hören.

Antwort von **Herrn Häder**:

Dies sollte ebenfalls bei der entsprechenden Haushaltsstelle erfolgen.

Anfrage von **Herrn Hajek** (FDP):

Stellt das jetzt eine 1. Lesung dar? Denn wenn nur eine Lesung angedacht, dann sollte klar sein, ob es wirklich nur um eine Reduzierung von 400.000 Euro geht oder ob hier evtl. noch erneute Kürzungen anstehen. Dies war bei der Sitzung des Sportausschusses der Fall, dort wurde die Vorlage beraten und danach wurden noch weitere Kürzungen bekannt.

Antworten von **Herrn Häder** und **Herrn Neumann**:

Es muss nicht zwingend als 1. Lesung angesehen werden, wenn heute evtl. schon eine Abstimmung erfolgen kann, wäre eine Differenzierung der Lesungen nicht mehr notwendig. Für das Dezernat V wird es nur um die Kürzung von 400.000 Euro gehen, weitere Kürzungen werden nicht hinzukommen.

Anfrage von **Herrn Ploß**:

Die Einnahmeerhöhung beim Verkauf von Liegenschaften um 200.000 Euro sei nach Aussage von Herrn Neumann risikobehaftet, wie hoch ist das Risiko denn tatsächlich?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Im Moment kann er keine Details dazu benennen, da hier Dritte betroffen sind und wir uns im öffentlichen Teil der Sitzung befinden.

Anfrage von **Herrn Bauersfeld**:

Ist ein Prozentsatz für die Kürzungen in der Verwaltung festgelegt worden?

Antwort von **Herrn Neumann**:

In der Verwaltung wird natürlich in freiwillige Leistungen und Pflichtaufgaben unterschieden, demnach ergibt sich, dass bei den freiwilligen Leistungen mehr gekürzt wird als bei den Pflichtaufgaben.

Nach der Beantwortung der grundsätzlichen Fragen werden die Unterabschnitte des Verwaltungshaushaltes Stück für Stück durchgegangen.

Unterabschnitt 7990 Stabsstelle Arbeitsmarkt:

Anfrage von **Frau Ewert**:

Woher stammt die Reduzierung in den Personalausgaben?

Antwort von **Herrn Jaeger** (Referent im Dezernat Wirtschaft und Arbeit):

Die Reduzierung bei den Personalkosten kommt durch Alternteilzeit eines Mitarbeiters zu Stande.

Anfrage von **Herrn Sieber**:

Warum setzt man das Rechnungsergebnis für 2009 überall auf null? Das macht wenig Sinn.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Die Stabsstelle gab es im Jahr 2009 noch nicht, deshalb kann kein Rechnungsergebnis erfolgen.

Unterabschnitt 7911 Stabsstelle DLZ Wirtschaft:

Mitteilung von **Herrn Jaeger** zur Haushaltsstelle 400000:

Der Ansatz 2011 ist gegenüber dem Vorjahr gesunken, da im Jahr 2010 noch mit 5 Stellen für das DLZ Wirtschaft gerechnet wurde, während im Jahr 2011 auf diese Stelle verzichtet wird, da die Besetzung mit 4 Stellen ausreicht.

Unterabschnitt 7910 Amt für Wirtschaftsförderung:

Zunächst erhält **Herr Dr. Franke** das Wort:

Eingangs werden zu den Grundsätzen Budgetwahrheit und –klarheit einige Fakten dargestellt:

1. Der Anteil des Haushaltes der Wirtschaftsförderung liegt bei 0,4% am Gesamthaushalt der Stadtverwaltung Halle.
2. Die o. g. Grundsätze treffen nur unter Umständen zu. So wurde für das Jahr 2009 mit ca. 2,0 Mio. Euro geplant. Das tatsächliche Rechnungsergebnis weist im IST jedoch lediglich ein Budget von ca. 1,7 Mio. Euro auf, d. h. wiederum, dass die geleistete Planung schlussendlich Makulatur ist. Die Frage danach, was dahinter steht, lässt sich einfach beantworten, bei den Haushaltsplanvorbereitungen treten immer wieder Schwierigkeiten auf, zu denen u. a. ein zu später Beschluss des Haushaltes gehört. Damit ergibt sich für verschiedene Bereiche der Verwaltung das Problem, dass Projektplanung nicht im Voraus erfolgen kann. Das Amt für Wirtschaftsförderung gehört zu diesen Bereichen, wenn man schon allein an die Messeteilnahmen denkt.

Daher dankt **Herr Dr. Franke** für den Änderungsantrag von **Herrn Dieringer**, der zumindest in diesem Punkt Planungssicherheit bringen würde, wodurch auch die vorgeschlagene Kürzung am Budget, im Bereich der Sachausgaben, durch die Wirtschaftsförderung hinnehmbar wäre. Haushaltsrechtlich ist dieser wahrscheinlich jedoch eher bedenklich, da die Umsetzung wohl kaum dem geltenden Recht entsprechen dürfte.

3. 50 – 54% des Budgets bestehen aus den Personalkosten, während der Rest des Budgets für die Sachkosten zur Verfügung steht. Auch künftig werden die Personalkosten steigen und dadurch ein Abschmelzen der Sachkosten nach sich ziehen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass künftig 2/3 des Budgets für Personalkosten zur Verfügung stehen muss. Dennoch wurde bereits eine Einsparung bei der Wirtschaftsförderung vorgenommen, so wird ab Mitte 2011 eine Mitarbeiterstelle im Bereich Industrie nicht wieder besetzt, womit man sich die Besetzung der Stelle des Teamleiters in diesem Bereich „erkauft“ hat. Dies wird auf Grund der erhöhten Zahl im Gegensatz zum Vorjahr gar nicht so deutlich dargestellt. Somit können die Zahlen gar nicht die Realität in der Wirtschaftsförderung konkret darstellen.

Künftig sollte also eine Prioritätensetzung vorgenommen werden, wobei natürlich stets versucht wird, mit den gegebenen Haushaltsumständen das Beste zu machen. Bezüglich der Kürzungsvorgaben kann nur darauf hingewiesen werden, dass die Position für internationale Verpflichtungen abgemildert werden musste, des Weiteren wurde bei der Kongressförderung gut die Hälfte des Ansatzes von 2010 eingespart. Für eine konkretere Darstellung der Situation im Amt für Wirtschaftsförderung bietet **Herr Dr. Franke** den Ausschussmitgliedern an, Einsicht in die Haushaltsunterlagen vor Ort nehmen zu können.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung wird nun der Änderungsantrag von Herrn Dieringer diskutiert, die Ausführungen sind unter TOP 5.1.1. nachzulesen.

Unterabschnitt 8400:

Es gibt keine Anfragen zu diesem Unterabschnitt.

Unterabschnitt 8420:

Es gibt keine Anfragen zu diesem Unterabschnitt.

Unterabschnitt 1120:

Es gibt keine Anfragen zu diesem Unterabschnitt.

Unterabschnitt 3230:

Anfrage von **Herrn Sieber**:

Ist es nicht vielleicht möglich im Bereich des Zoologischen Gartens 200.000 Euro einzusparen?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Mittelfristig gesehen soll das Budget ohnehin auf 3 Mio. Euro abgesenkt werden. Momentan ist man da auf einem guten Weg.

Unterabschnitt 5500:

Mitteilung von **Herrn Hajek** zur Haushaltsstelle 718200:

Die 211.000 Euro resultieren aus einer Fortschreibung aus dem Jahr 2009. Sie sind budgetiert und nicht in den Kürzungen enthalten.

Unterabschnitt 5700:

Mitteilung von **Herrn Neumann** zu Haushaltsstelle 715000:

Der Zuschuss an die Public Service GmbH ist vertraglich festgeschrieben. In Bezug auf die Bäder muss noch überlegt werden, ob die ein oder andere Immobilie evtl. inhaltlich in eine andere Richtung gestaltet wird.

Anfrage von **Herrn Bauersfeld**:

Was kann man sich denn unter einer anderen Gestaltung vorstellen?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Es z. B. fraglich, ob ein Stadtbad für den Schulsport genutzt werden soll oder ob man hier nicht eher Wellness unterbringt.

Unterabschnitt 8410:

Es gibt keine Anfragen zu diesem Unterabschnitt.

Die Unterabschnitte des Vermögenshaushaltes werden beraten:

Unterabschnitt 7910:

Es gibt keine Anfragen zu diesem Unterabschnitt.

Unterabschnitt 3230:

Es gibt keine Anfragen zu diesem Unterabschnitt.

Unterabschnitt 5700:

Es gibt keine Anfragen zu diesem Unterabschnitt.

Unterabschnitt 8400:

Anfrage von **Herrn Menn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Haushaltsstelle 330900:

Was hat es mit den 30 Mio. Euro auf sich?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Er wird diese Anfrage mitnehmen und entweder schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantworten.

Hinweis von **Herrn Jaeger**:

Aus diesem Unterabschnitt wird nur die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH und Co. KG durch das Dezernat bewirtschaftet, für die restlichen Positionen ist die Kämmerei zuständig.

Unterabschnitt 8410:

Es gibt keine Anfragen zu diesem Unterabschnitt.

Anfrage von **Frau Hintz:**

Werden 1.000 Bürgerarbeitsplätze durch die Stadt Halle finanziert?

Antwort von **Herrn Neumann:**

Nein, denn es sind lediglich 500 Bürgerarbeitsplätze für die Co-Finanzierung geplant.

Anfrage von **Herrn Sieber:**

War dies nun eine 1. Lesung?

Antwort von **Herrn Häder:**

Ja, dies wird als 1. Lesung verstanden, sodass die 2. Lesung in der März Sitzung stattfinden wird.

Bei der 2. Lesung soll jedoch nur noch einmal auf ganz konkrete Nachfragen eingegangen werden, die, wenn möglich, bereits schriftlich im Voraus beim Dezernat gestellt werden sollten.

Somit wird der Änderungsantrag auch noch einmal mit verschoben, so kann auch ggf. die Formulierung überarbeitet werden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt die Haushaltssatzung 2011, den Haushaltsplan 2011 und das Haushaltskonsolidierungskonzept zur Kenntnis und verweist sie in die Fachausschüsse.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Beratungen in den Fachausschüssen Vorschläge zu bringen, damit der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt von 31,8 Mio. € um 12,3 Mio. € auf 19,5 Mio. € (gemäß Beschluss zur Nachtragshaushaltssatzung 2010) gesenkt wird.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2009 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- beraten -

Der Tagesordnungspunkt wurde beraten, dies wird als 1. Lesung angesehen.

Eine 2. Lesung soll in der März Sitzung des Ausschusses stattfinden.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zur
Beschlussvorlage - Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2011 - Vorlage-Nr.: V/2010/09413
Vorlage: V/2011/09570**

Herr Dieringer stellt die Intension seiner Antragstellung vor:

Wie bereits erwähnt wurde, ist das Budget der Wirtschaftsförderung nur ein „Nebenast“ des Gesamthaushaltes der Stadtverwaltung. Dies stellt die katastrophalste Situation dar, die überhaupt denkbar ist.

Vielmehr müsste das Budget der Wirtschaftsförderung den „Stamm“ darstellen, denn die ganzen Ausgaben, die im Kulturbereich getätigt werden, sind nur durch die ansässige Wirtschaft möglich.

So hat zum Beispiel die Stadt Lengenfeld durch die Verstärkung des Haushaltes im Bereich der Wirtschaftsförderung den Haushaltsausgleich und die Schuldentilgung erreicht.

Bezüglich der Bedenken, ob der Antrag haushaltsrechtlich gesehen umsetzbar ist, muss angemerkt werden, dass man auch mal vom „Gesetz abweichen“ muss. So wäre die Umsetzung des Antrages durch eine wasserdichte Begründung sicherlich möglich, denn wo Regeln bestehen, gibt es auch immer Ausnahmen. Wenn der Wille und die Bereitschaft vorliegen, dann kann auch eine Umsetzung erfolgen.

Daher bitter **Herr Dieringer** den Antrag anzunehmen.

Wortmeldung von **Herrn Bauersfeld**:

In den letzten Jahren waren die finanziellen Mittel in der Wirtschaftsförderung nie allzu üppig. Dennoch oder gerade deswegen sollte man den Bereich nicht weiter beschneiden, da sonst kaum noch Leistungen möglich sind. Die Entwicklungen in diesem Bereich sind doch als sehr bedenklich anzusehen.

Das Grundproblem besteht jedoch darin, dass der Haushalt wiederholt zu spät eingebracht wurde. Für diese Verspätung der Verwaltung gibt es keine Entschuldigung. So sollte der Haushalt bereits im September eingebracht werden, damit der Haushalt zu Beginn des Jahres vollzogen werden kann, aber offensichtlich ist es Absicht der Verwaltung, den Haushalt immer verspätet einzubringen, denn sonst würde die Verwaltung diese Vorgehen ändern. Genau aus diesem Grund ist es **Herrn Dr. Franke** nicht möglich, sein Budget so einzusetzen, wie es die Tätigkeiten seines Amtes erfordern würden.

Anfrage von **Frau Hintz** (SPD):

Zum Verständnis wird noch einmal nachgefragt, ob die 400.000 Euro, die im Dezernat gekürzt werden müssen zu 200.000 Euro beim Eigenbetrieb für Arbeitsförderung gekürzt und zu 200.000 Euro durch Einnahmeerhöhung bei Liegenschaftsverkäufen erzielt werden sollen.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Er stimmt dem genau so zu.

Feststellung von **Frau Hintz**:

Im Vergleich zu 2010 liegt doch dann auch keine Einsparung bei der Wirtschaftsförderung vor, auch im Bereich Personal wird die gleiche Anzahl an Stellen existieren, es wird lediglich eine Stelle nicht wiederbesetzt.

Anmerkung von **Herrn Bauersfeld**:

Die nicht Wiederbesetzung der Stelle im Amt für Wirtschaftsförderung führt doch zu dem gleichen Trick der Einsparung. Durch die Nichtbesetzung werden automatisch Personalkosten eingespart.

Wortmeldung von **Frau Ewert**:

Wenn der Änderungsantrag von **Herrn Dieringer** nicht gesetzeskonform ist, dann ist eine Umsetzung einfach nicht möglich.

Anfrage von **Herrn Dieringer**:

Wo steht geschrieben, dass der Antrag nicht dem Gesetz entspricht?

Antwort von **Herrn Häder**:

Dies ist in der Gemeindeordnung des Landes festgeschrieben. Für eine Zustimmung zum Antrag müsste die Formulierung geändert werden.

Eine andere Variante wäre, dass der Stadtrat künftig auf einen bestehenden Haushalt im Januar drängen muss, damit die finanziellen Mittel dann den Ämtern auch zur Verfügung stehen können.

Äußerungen von **Herrn Neumann** zum Änderungsantrag:

Punkt 1 des Beschlussvorschlages ist doch mit der Haushaltsplanung 2011 bereits erledigt, da hier bereits knapp 1,8 Mio. Euro erreicht wurden.

Punkt 2 des Antrages müsste zwingend anders formuliert werden.

Punkt 3 bereitet gänzlich Probleme, da hier die Gemeindeordnung Vorschriften vorgibt.

Damit **Herr Dieringer** seinen Antrag ggf. noch einmal ändern kann, wird die Stellungnahme aus dem Dezernat zum Antrag der Niederschrift beigefügt.

In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass die finanziellen Mittel für die Teilnahme an Messen in der Beigeordnetenkonferenz beschlossen wurden.

Allgemein ist festzuhalten, dass nach wie vor die genannten Vorschläge für die Umsetzung der Kürzung im Dezernat stehen und eine weitere Kürzung im Bereich der Wirtschaftsförderung nicht mehr verantwortbar ist.

Die Kürzung beim Eigenbetrieb für Arbeit ist möglich, da die Bürgerarbeit schleppender anläuft, als gedacht. Im Bereich Liegenschaften stehen die Chancen ebenfalls gut.

Anzumerken ist auch noch, dass bisher eine 90%ige Haushaltsstellenauslastung im Bereich des Dezernates vorlag.

Wortmeldung von **Herrn Sieber**:

Als Hinweis sei gesagt, dass die Verzögerungen bei der terminlichen Haushaltseinreichung nicht dem Stadtrat angelastet werden können.

Des Weiteren schließt sich **Herr Sieber** dem Antrag von **Herrn Dieringer** an, wobei er diesen dahingehend ändern würde, als dass bei Punkt 1 eine Erhöhung um 5% festgesetzt werden würde.

Man darf die Wirtschaftsförderung nicht stagnieren lassen, daher darf aber das Angebot im Bereich Kultur nicht so hoch angesetzt werden wie bisher.

Bezüglich der Kürzungen im Bereich der Bürgerarbeit bittet er jedoch um eine schriftliche Darlegung.

Anmerkung von **Herrn Neumann**:

Es ist doch aber erst einmal grundsätzlich zu klären, ob die Vorschläge für die Kürzung im Bereich des Dezernates vom Ausschuss so mitgetragen werden können. Hierbei muss grundsätzlich entschieden werden, ob man dem Vorschlag zustimmt, noch weitere Kürzungen vornimmt oder vielleicht sogar um Erhöhungen in einigen Bereichen bittet.

Anmerkung von **Frau Ewert** zur Bemerkung von **Herrn Sieber**:

Bezüglich der Bemerkung zum Ansatz des Kulturangebotes sollte man darauf achten, nicht ein Dezernat gegen ein anderes auszuspielen. Man darf nicht immer nur alles beklagen.

Wortmeldung von **Herrn Hajek**:

In der Oktobersitzung 2010 hat er dem Nachtragshaushalt nicht zugestimmt, daher kann er auch der im Antrag stehenden Kürzung nicht zustimmen.

Ebenfalls pflichtet er **Herrn Sieber** bei, dass die Kürzungen im Bereich des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung nicht nachvollziehbar sind.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Er wird die Kürzung im Bereich des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung schriftlich darlegen. Wobei es sich hierbei vielmehr um eine Verschiebung handelt.

Anmerkung von **Frau Hintz**:

Dem kann sie nur zustimmen, da die Kosten für die Bürgerarbeit dann im kommenden Jahr anfallen werden.

Abschließend ist festzuhalten, dass der Änderungsantrag grundsätzlich Akzeptanz findet, jedoch auf Grund der haushaltsrechtlichen Vorschriften keine Umsetzung finden kann. Eine Umformulierung des Antrages wäre daher unter Umständen hilfreich.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Zuschuss an die Wirtschaftsförderung wird um ca. 5 % auf 1,8 Mio. Euro reduziert.
2. Dieser Betrag wird jährlich gleichbleibend festgeschrieben und gilt bis einschließlich 2013.
3. Der Wirtschaftsförderung steht es frei, den jährlichen Zuschuss nach eigener Einschätzung im Laufe eines Haushaltsjahres abzurufen.

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag wurde beraten.

Es steht dem Antragsteller frei, den Antrag zur 2. Lesung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 erneut und ggf. geändert einzubringen.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle -Trotha** **Vorlage: V/2010/09242**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle-Trotha einen Bebauungsplan aufzustellen. Ziel ist es, künftige Ansiedlungen im Gewerbe- und Industriegebiet so zu steuern, dass Konflikte mit den Bewohnern der angrenzenden Wohngebiete in Kröllwitz ausgeschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

- vertagt -

zu 6.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung der Breitbandausbauziele der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: V/2011/09448**

Herr Menn erhält das Wort zum Antrag seiner Fraktion:

Der Antrag wurde gestellt, da die Sorge besteht, dass die Umsetzung des Sachverhaltes einfach zu lange dauert. Die Stadtverwaltung soll auf die Stadtwerke zugehen, um diese um eine Prüfung zu bitten.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Dieser Antrag begleitet uns nun schon gut 1 Jahr und das obwohl die Verwaltung diesen bereits umsetzt. Dabei ist vor allem kritisch anzusehen, dass nochmals das diskutiert werden soll, was bereits schon mehrfach in vergangenen Ausschusssitzungen diskutiert wurde. Der Antrag wird schlichtweg als überflüssig erachtet, da er in der Sache nicht hilfreich ist.

Antwort von **Herrn Menn**:

In der Fraktion sieht man natürlich die Bemühungen, jedoch gibt es ein Programm der Bundesregierung, was von 50 MBit und mehr ausgeht. Hier in Halle ist der Datentransfer deutlich geringer und somit langsamer.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Der Antrag hilft aber dabei trotzdem nicht weiter, da kein konkreter Vorschlag in dem Antrag gemacht wurde. Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass der Breitbandgipfel stattfand, bei dem dies alles geklärt wurde, jedoch war die Fraktion da nicht unbedingt ausreichend anwesend.

Wortmeldung von **Herrn Sieber**:

Die Formulierung „regelmäßig“ in diesem Antrag verschlimmert diesen, im Vergleich zu den letzten sogar noch. Die Forderung nach 50MBit ist definitiv unrealistisch, weil niemand die Kosten für solch eine schnelle Verbindung bezahlen möchte. Daher ist der Antrag unnötig.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zu dem in der Breitbandstrategie der Bundesregierung festgeschriebenen Ziel, bis 2014 für einen Großteil der Haushalte Breitbandkapazitäten von 50 MBit oder mehr erreicht zu haben. Die flächendeckende Umsetzung in der Stadt wird angestrebt. Dazu wird regelmäßig der erreichte Ausbaugrad erhoben und der Öffentlichkeit mitgeteilt.
2. Die Stadtverwaltung Halle wird entsprechend damit beauftragt, sich im Rahmen der Breitbandstrategie kontinuierlich sowohl um die Einwerbung von Fördermitteln zu bemühen als auch um die Teilnahme an Pilotprojekten zu bewerben.
3. Die Stadtverwaltung Halle wird damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken zu prüfen, ob nicht auch in Halle die Stadtwerke den Ausbau von Breitbandzugängen unterstützen oder selbst durchführen können. Prüfbericht und gegebenenfalls konkrete Handlungsempfehlungen sind bis zum Ende des 3. Quartals 2011 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
6 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

- mehrheitlich abgelehnt -

zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wiedereinführung des kostenfreien WLAN-Zugangs auf dem Marktplatz Vorlage: V/2009/08340

Äußerung von **Herrn Neumann**:

Er wird sich heute nicht dazu äußern.

Anfrage von **Herrn Menn**:

Also liegt der Verwaltung noch keine konkrete Antwort vor?

Anregung von **Herrn Neumann**:

Man sollte darüber nachdenken, den Antrag zurückzuziehen.

Antwort von **Herrn Menn**:

Wieso sollte dies getan werden, wenn die Prüfung noch im Gange ist?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Im Moment gibt er dazu keine Auskunft.

Hinweis von **Herrn Sieber**:

Die Wiedereinführung eines kostenfreien WLAN-Zugangs durch ein Unternehmen ist unrealistisch, wenn dies auf einem Stadtratsbeschluss basieren soll.

Hinweis von **Herrn Häder**:

Die Historie des Antrages sollte beachtet werden, so wurde er damals mit der Prämisse vertagt, dass er auf die Tagesordnung gesetzt wird, wenn der Verwaltung neue Erkenntnisse vorliegen. Daher wäre nun zu überlegen, ob er noch einmal vertagt wird.

Bitte von **Herrn Neumann**:

Er bittet den Ausschuss den Antrag abzulehnen, zumal das Umsetzungsdatum in der Vergangenheit liegt.

Hinweis von **Herrn Häder**:

Das Datum kann angepasst werden.

Hinweis von **Herrn Hajek**:

Dann sollte man den Antrag aber gleich auf die Aprilsitzung vertagen.

Hinweis von **Herrn Sieber**:

Wenn wir den Antrag vertagen gibt das aber eine blöde Situation, falls wir ihn dann doch ablehnen müssten.

Appell von **Herrn Neumann**:

Er bittet den Antragsteller den Antrag zurückzuziehen, was die Sache sicherlich beschleunigen würde.

Antwort von **Herrn Menn**:

Er zieht den Antrag seiner Fraktion zurück.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle stellt spätestens zum 01.05.2010 ihren Bürgerinnen, Bürgern und Gästen wieder einen kostenfreien WLAN-Zugang auf dem Marktplatz zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- zurückgezogen -

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

- keine -

zu 8 **Mitteilungen**

Mitteilung von **Herrn Neumann**:

DELL Deutschland hat sein Head Quarter in Halle eingerichtet, Frau Wittmann hat die Geschäftsführung des Head Quarter übernommen.

Mitteilung von **Herrn Häder**:

Am 25.03.2011 wird es eine gemeinsame Konferenz der Städte Halle und Leipzig in Leipzig geben. Thema wird Integration durch Arbeit sein. Die Vorankündigungen zur Veranstaltung sind bereits zugegangen. Auch wenn dies keine offizielle Ausschusssitzung darstellt, bittet **Herr Häder** um rege Teilnahme. Ein Austausch zwischen den beiden politischen Gremien der Städte ist natürlich bei dieser Veranstaltung ebenfalls angedacht.

Anfrage von **Herrn Häder** bzgl. der Änderungsanträge von **Herrn Busse** (CDU) zur Marktsatzung:

Die Änderungsanträge von **Herrn Busse** wurden damals nicht ordnungsgemäß im Session eingestellt, sodass eine Beratung dieser Anträge im Zuge der Behandlung der Marktsatzung in der vergangenen Sitzung des Ausschusses nicht erfolgen konnte.

Da die Marktsatzung nun aber bereits ordnungsgemäß im Ausschuss beraten und abgestimmt wurde, stellt sich die Frage, ob die Änderungsanträge nun dennoch im Ausschuss behandelt werden sollten. Da dies ein rein formales Problem und eine Behandlung der Änderungsanträge rein formal nicht mehr zwingend erforderlich wäre, werden die Ausschussmitglieder gebeten, ihre Meinung dazu zu äußern.

Antwort von **Frau Hintz**:

Man sollte die Änderungsanträge unbedingt in der kommenden Sitzung beraten, da man diese nicht einfach unter den Tisch fallen lassen kann.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Er ist auch für die Beratung in der nächsten Sitzung.

Es wird sich daher darauf geeinigt, dass die Änderungsanträge in der Märzsession behandelt werden.

zu 9 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Anfrage von **Herrn Sieber**:

Die Firma DELL hat ihren Sitz in Halle in ein Head Quarter geändert, ändert sich somit steuerlich etwas für die Stadt?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Darüber kann nicht genau Auskunft gegeben werden, wobei sich in einem Unternehmen nach Veränderung der Strukturen meist auch steuerliche Veränderungen ergeben.

erneute Anfrage von **Herrn Sieber** (wie bereits unter TOP 4. gestellt) zum Hochwasser im Hafen Halle:

Die Beantwortung seiner Anfrage aus der vergangenen Sitzung ist völlig widersprüchlich zu einem Artikel aus dem Stadtwerkemagazin „Im Gespräch“. Kann dazu Stellung genommen werden?

Antwort von **Herrn Dr. Franke**:

Bei der Beantwortung der Anfrage wurde die Originalaussage von Herrn Dietrich übersandt, zu dieser Aussage von Herrn Dietrich gibt es nichts weiter festzustellen. Presstexte sind nicht immer klar formuliert, zumal oftmals auch falsche Tatsachen dargestellt werden.

Anfrage von **Herrn Kotte**:

Kann eine Aussage zum Bebauungsplan im Hafen getroffen werden?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Dieser Ausschuss ist nicht für Bebauungspläne zuständig, daher sollte man das Votum des Planungsausschusses abwarten.

Wortmeldung von **Herrn Hajek**:

Er kann der Aussage von **Herrn Neumann** beipflichten.

zu 10 Anregungen

- keine -

Für die Richtigkeit:

Datum: 28.02.11

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin